

Sunderner Erklärung gegen Rassismus und Antisemitismus

Der Mord am 2.Juni 2019 an Walter Lübcke, Regierungspräsident in Kassel und langjähriger Abgeordneter der CDU im hessischen Landtag, sowie der gescheiterte Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Halle an der Saale, bei dem zwei Unbeteiligte erschossen wurden, stehen als mahnende Ereignisse für die Entfesselung rechtsradikaler Gewalt in unserem Land.

Schockiert sehen wir in Deutschland, wie antisemitisch und allgemein rassistisch motivierte Gewalt sich im öffentlichen Raum Bahn bricht. Politiker auf allen Ebenen, von den Kommunen bis zum Bund, sehen sich Hasstiraden und sogar konkreten Todesdrohungen ausgesetzt. All das hatten wir schon einmal in Deutschland und viele dachten, diese Art von politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung hätten wir hinter uns gelassen.

Am Schicksal unseres ehemaligen Mitbürgers Levi Klein und seiner Familie jüdischen Glaubens, die in der Zeit des Nationalsozialismus aus Sundern vertrieben, verschleppt und in Konzentrationslagern ermordet wurden, ist nachvollziehbar, wohin Antisemitismus und Rassismus führen können. Ihre Geschichte und die Schlüsse, die wir daraus ziehen, scheinen aktueller denn je.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland führt in seinen Artikeln 1 bis 3 aus:

- Das Deutsche Volk bekennt sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

- Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt werden.

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Unrechtszeit mit ihren vielfältigen Formen staatlich organisierten Terrors und dem verlorenen II. Weltkrieg haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes den Schutz der menschlichen Würde an den Anfang unserer Verfassung gestellt. Jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes ist aufgerufen, sich an der Umsetzung dieser Verfassungsartikel zu beteiligen, um unser ziviles Gemeinwesen zu schützen. Nur gemeinsam können die demokratischen Kräfte der Herausforderung durch rechtsradikalen Terror und Antisemitismus erfolgreich begegnen. Der Schutz der Würde des Menschen kann nicht an staatliche Stellen delegiert werden, sondern ist Aufgabe jedes Einzelnen. Das ist die zentrale Lehre aus dem Faschismus. Die Welt schaut zu, wie gerade wir Deutschen dieser historischen Herausforderung und Verantwortung gerecht werden.

Mit dem Wissen um das Schicksal der jüdischen Familie Klein, unseren ehemaligen Mitbürger*innen, sprechen wir uns gegen antisemitische, gegen rassistische und rechtsradikale Entwicklungen in der Stadt Sundern aus und beziehen Position für den Schutz und die Stärkung unserer demokratischen Werte und Strukturen.

Sundern, 23.11.2019

Die Unterzeichner*innen